

Lehre, sondern Zeugnis bedeute, wodurch das „Mysterium Christi im Leben und im Handeln aufscheint“. Die Bischöfe zeigen mit einem deutlichen Schuß Selbstkritik Verständnis für die Haltung der Arbeiterschaft, die von der Kirche keine „Erklärungen“, sondern soziale Gerechtigkeit in ihren eigenen Institutionen, die Ausmerzungen eines „gewissen Paternalismus“ in ihren „karitativen und sozialen Initiativen“, „wahre Einfachheit der Lebensweise“, „Hinwendung zu den Ärmsten der Armen“, „Unabhängigkeit gegenüber dem ökonomischen und politischen System“ und „Verurteilung aller Formen der Unterdrückung des Menschen“ erwarte.

Das ungewohnte Dokument erregte von links bis rechts Aufsehen. Die Presse sprach von einer „Taufe“ des Sozialismus, vom „großen Linksrutsch der französischen Kirche“, von einer „Neuausrichtung“ der Bischöfe — wohl etwas vorschnell und in Verkennung der eigentlichen Absicht des Dokuments, das auch vom Gesamtepiskopat zu verantworten war. Man begrüßte vielfach die Haltung des Hinhörens, des Verstehens, der kritischen Unterscheidung und die Rehabilitierung des früher „anrühigen“ Engagements „christlicher Sozialisten“ (vgl. *Témoignage chrétien*, 11. 5. 72).

Während man von links lobte, kam die Kritik hauptsächlich von der anderen Seite. Unternehmer bemängelten die Eingleisigkeit der Erklärung, ihr unzureichendes Verständnis komplizierter nationaler und internationaler ökonomischer Zusammenhänge, die Ermutigung zu einem risikoreichen Experiment. Von kirchlichen Traditionalisten kam der Vorwurf, die Bischöfe verschwiegen die Soziallehre der Kirche und deren ökonomische und soziale Imperative. Es gab aber auch sehr sachliche und kritische Stellungnahmen, die aufzeigten, wie schwierig und problematisch von der gegebenen Wirtschaftsstruktur her z. B. eine Sozialisierung der großen Konzerne sei, und die auf die Erfahrungen in den sozialistischen Ländern verwiesen (vgl. z. B. *A. Pietre* in *La France Catholique*, 26. 5. 72). Kritisiert wurde weiter, daß die extreme Linke völlig unerwähnt blieb und daß die Gesprächspartner der Bischöfe allein aus den Reihen der *Action catholique ouvrière* stammten.

## Abseits der traditionell Gläubigen

Das Echo und die Diskussion haben vielen erst bewußt gemacht, was schon seit längerer Zeit nicht nur unter der linken katholischen Arbeiterelite, sondern auch unter engagierten Intellektuellen, bei den Selbständigen und unter der Landbevölkerung in Gang gekommen ist: eine mit dem zunehmenden sozialen und politischen Engagement verbundene allmähliche Hinentwicklung der engagierten Christen zu sozialistisch inspirierten politischen und sozialen Reformkonzepten, die insgesamt aber verschwommen bleiben. Am augenfälligsten vollzog sich dieser Umschwung unter den aktiven Christen der *Action agricole catholique*, die seit über 40 Jahren konsequent die Modernisierung der Landwirtschaft und die Schulung von Führungskräften betrieben hat.

Dennoch steht die Mehrheit der französischen Katholiken abseits dieses „sozialistischen“ Engagements. Die

## Die Reise des Patriarchen Pimen in den Nahen Osten

Nicht ganz ein Jahr nach seiner Wahl zum Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche (3. 6. 1971) unternahm Patriarch *Pimen* (Izvekov) von Moskau und ganz Rußland seine erste Auslandsreise. Sie sollte ihn zu den vier alten orthodoxen Patriarchaten und zur Kirche von Zypern führen: vom 24. bis 28. April zum Ökumenischen Patriarchen Athenagoras nach Istanbul, vom 29. April bis 4. Mai zum Patriarchen *Nikolaus VI.* von Alexandrien und ganz Afrika, vom 4. bis 13. Mai zum Patriarchen *Elias IV.* von Antiochien, und zwar bis zum 8. Mai nach Syrien, anschließend bis zum 13. Mai nach dem Libanon; von hier aus wollte er Erzbischof *Makarios*, der im vorigen Jahr bei Pimens Wahl und Inthronisation persönlich zugegen war, auf Zypern einen Gegenbesuch machen. Den Abschluß der Reise sollte der Besuch beim Patriarchen Benedikt von Jerusalem sowie eine Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten Palästinas bilden (Episkopos, 28. 3. 72).

breite Masse bleibt politisch in der Mitte, tendiert nach rechts und stützt die bestehende „Ordnung“ (vgl. *A. Savard*, *Les chrétiens français deviennent-ils socialistes?*, in: *Informations catholiques internationales*, 1. 6. 72, vgl. auch HK, Juni 1972, 281—284). Damit aber entsteht die Gefahr der Konfrontation mit oder der Isolierung von den Christen traditioneller Gläubigkeit.

Damit wird auch für die Bischöfe die Situation noch schwieriger. Sie müssen und wollen vermitteln, nicht trennen. Was bisher an Distanzierung und Kritik an der Wirtschafts- und Sozialordnung von ihnen laut wurde, deutet darauf hin, daß sie mit großer Aufgeschlossenheit die Linksentwicklung beobachten; daß sie aber zugleich darauf bedacht sind, die Masse der Gläubigen nicht vor den Kopf zu stoßen. Für die nächste Vollversammlung wird z. Z. ein Bericht über das Verhältnis von Glaube und Politik ausgearbeitet, der ebenfalls einen Abschnitt über den Sozialismus enthält.

## Kein Besuch bei Athenagoras

Die Reise schien anfangs unter keinem glücklichen Stern zu stehen. Der „Außenminister“ des Patriarchen, der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit *Nikodim* (Rotov) hatte gerade einen Herzanfall erlitten und wurde in dieser Eigenschaft durch seinen Stellvertreter, Erzbischof *Juvenalij* (Pojarokov) von Tula und Belev, ersetzt. *Nikodim* war vor seiner Wahl zum Metropoliten von Leningrad (vgl. ds. Hef, S. 366) drei Jahre (1956—1959) in Jerusalem und hatte beträchtlichen Einfluß in den orthodoxen Patriarchaten des Mittleren Ostens.

Viel schwerer wiegt jedoch, daß Patriarch *Pimen* unmittelbar vor dem Antritt der Reise seine Route ändern mußte. Am 21. April, nachdem man im Phanar schon alle Vorbereitungen getroffen und auch das Einverständnis der zuständigen türkischen Stellen vorgelegen hatte, kam aus Moskau telegraphisch der Bescheid, der Besuch müsse abgesagt

werden, weil die türkische Regierung dem Patriarchen das Visum verweigert habe. Wie später in westlichen diplomatischen Kreisen verlautete, wurden als Grund Meinungsverschiedenheiten zwischen der türkischen Regierung und der orthodoxen Kirche angegeben. Es wird vermutet, daß auch die türkisch-sowjetischen Beziehungen, so wie sie sich dem Kreml nach dem unmittelbar vorausgegangenem, nicht sehr erfolgreich verlaufenen Besuch Podgornys in Ankara darstellten (vgl. NZZ, 3. u. 6. 5. 72), eine Rolle gespielt haben. Wie dem auch sei, die Absage war peinlich.

Die Beziehungen zwischen den beiden Kirchen stehen aus mehreren Gründen auf einem Tiefpunkt. Unter Berufung auf den Kanon 28 von Chalcedon nimmt das Ökumenische Patriarchat für sich das Recht in Anspruch, alle orthodoxen Gläubigen, die nicht im Mutterland leben, seiner Jurisdiktion zu unterstellen, und verweigert deshalb die Anerkennung der Autokephalie für die vom Moskauer Patriarchat abstammende und als autokephal erklärte „*Orthodoxe Kirche in Amerika*“ (vgl. Irénikon, 1971, Nr. 1 S. 23 ff.), ebenso die der Autonomie für die *Orthodoxe Kirche in Japan*, die ebenfalls von Moskau aus errichtet wurde und von diesem abhängig ist. Ähnliche Unstimmigkeiten gibt es auch über das Exarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche in Westeuropa unter Erzbischof *Georgij*, das unter Druck des Moskauer Patriarchats 1965 aus der Jurisdiktion Konstantinopels entlassen wurde und daraufhin sich als autonom erklärte, dann aber wieder, am 22. Januar 1971, in die Jurisdiktion des Ökumenischen Patriarchen zurückgenommen wurde. Einige andere Streitpunkte kommen noch hinzu: Erst im Januar dieses Jahres äußerte der Hl. Synod in Moskau sein Befremden über die Kontakte des Ökumenischen Patriarchats zu Vertretern der „Spaltergruppe“, der Ukrainischen Orthodoxen Kirche in den USA, und beschloß, dem Patriarchen eine historisch-kanonische Studie über diese Kirche und die Stellung Moskaus zu ihr zu überreichen.

Vor allem wären auch Fragen um das geplante *Panorthodoxe Konzil* zu besprechen gewesen. Es sind u. a. gerade Vertreter des Moskauer Patriarchats (Metropolit *Antonij* von Surož), aber auch des Serbischen

Patriarchats (Archimandrit *Justin Popović*), die dringend vor einem verfrühten Termin für diese Panorthodoxe Synode warnen und die Synodenagenda, die unter Leitung des Ökumenischen Patriarchats von einer Kommission ausgearbeitet wurde, als völlig ungenügend kritisieren.

Doch nicht nur der Besuch im Phanar, auch der beim Erzbischof *Makarios* in Zypern mußte vom Reiseprogramm gestrichen werden. Es heißt, Makarios habe den russischen Patriarchen gebeten, seinen Besuch wegen *innenpolitischer* Schwierigkeiten zu verschieben. Makarios wurde bekanntlich von seinen Bischöfen aufgefordert, das Amt des Präsidenten von Zypern aufzugeben und sich voll der Leitung der Kirche zu widmen. Rechtsstehenden Kreisen in Griechenland, die Makarios eine Mißachtung der Bestrebungen zum Anschluß Zyperns an Griechenland vorwerfen und die sich hinter die drei Bischöfe stellen, wäre vielleicht der Besuch des russischen Patriarchen nur zu willkommen gewesen, um die Stellung des Erzbischofs noch mehr zu unterminieren. Dies wollte Makarios vermeiden.

### Im Dienste orthodoxer Kontakte und der sowjetisch-arabischen Freundschaft

So verließ Patriarch Pimen erst am 28. April mit einer Begleitung von 17 Personen, darunter Metropolit *Filaret* (Denisenko), Exarch der Ukraine, und dem früheren Stellvertreter und jetzigen Nachfolger Nikodims als Leiter des kirchlichen Außenamtes, Erzbischof *Juvenalij* (Pojarokov) von Tula und Belev, Moskau und flog direkt nach Ägypten zum Patriarchen von Alexandrien. Über diesen Besuch liegen bisher keine Nachrichten vor, außer daß Pimen auch in Kairo Gespräche geführt habe. Sicher ist ein Thema seiner Unterredung mit Nikolaus VI. die Panorthodoxe Synode gewesen, ebenso die Anerkennung der Autokephalie für die Orthodoxe Kirche in Amerika. Denn wie das Ökumenische Patriarchat haben bisher auch die anderen Patriarchate des Nahen Ostens und ebenso, übrigens als einziges in den Ostblockstaaten, das Rumänische diese Anerkennung verweigert. Moskau ist auch politisch an guten Beziehungen zu Alexandrien sehr interessiert. Erst Anfang des

Jahres hat die russische Kirche in Alexandrien einen neuen Vorsteher erhalten. Vertreter des Moskauer Patriarchats nahmen November 1971 an den Einweihungsfeierlichkeiten des neuen Gebäudes des alexandrinischen Patriarchats teil, das gelegentlich auch als Tagungsort des zukünftigen Panorthodoxen Konzils im Gespräch stand. Nikolaus VI. war seinerseits beim Landeskonzil der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau persönlich zugegen. Selbstverständlich hatte Pimen auch seinen Beitrag zur Vertiefung der arabisch-sowjetischen Freundschaft zu leisten.

Das gleiche gilt für den Besuch Pimens beim Patriarchen von Antiochien, *Elias IV.* in Damaskus, wo Pimen vom 4. bis 8. Mai weilte. *Elias IV.*, erst seit September 1970 in seinem Amt, war vom 13. bis 26. Januar dieses Jahres Gast im Moskauer Patriarchat und hatte damals Pimen zu der Nahostreise offiziell eingeladen. Die besonders freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Patriarchaten werden vor allem dadurch betont, daß der ständige Vertreter Moskaus beim Patriarchat von Antiochien meist im Range eines Bischofs steht. Zur Zeit ist es der neugeweihte Bischof *Serapion* (Fadjev) von Podolsk. Ein neues Gebäude für ihn ist in Damaskus gerade im Bau. Das Moskauer Patriarchat hat auch beim Bau der Residenz des antiochenischen Patriarchats großzügige Hilfe geleistet. In Damaskus wurde Pimen am 6. Mai auch vom Großmufti Syriens, *Scheik Ahmed Keftaro*, empfangen, der dabei eine Zusammenarbeit der beiden Völker, dem arabischen und dem sowjetrussischen, und den beiden Religionen bei der „Rettung der den Christen und Moslems heiligen Stätten in Jerusalem“, die der „Weltzionismus zu zerstören sucht“, ankündigte. Pimen unterstrich seinerseits die loyale Freundschaft der Russisch-Orthodoxen Kirche mit den arabischen Völkern sowie die brüderlichen Beziehungen zwischen Christen und Moslems in der Sowjetunion. Er lud den Großmufti zu einem Besuch in die Sowjetunion ein.

Nach einem fünftägigen Zwischenaufenthalt im Libanon, wo der Patriarch vom Vize-Ministerpräsidenten, drei weiteren Ministern, dem sowjetischen Botschafter und Vertretern der dortigen griechisch-orthodoxen Ge-

meinde empfangen wurde, flog Pimen mit seinem Gefolge zunächst statt nach Zypern nach Sofia. Als treuester Bundesgenosse der Sowjetunion schien Bulgarien wohl am besten dafür geeignet zu sein, die durch den Ausfall der Zypernreise entstandene Zeitlücke im Reiseprogramm sinnvoll auszufüllen; es wäre ja politisch wie psychologisch schlecht möglich gewesen, von einem arabischen Land direkt nach Israel zu fliegen. Und da *Maximus* erst im Juli 1971, also einen Monat nach Pimens Thronbesteigung, Patriarch von Bulgarien geworden war, bot sich für beide die Möglichkeit einer ersten Begegnung als Oberhäupter ihrer Kirchen. Unstimmigkeiten gibt es zwischen beiden Kirchen nicht.

### Kühler Empfang in Israel

Die letzte und sicher die schwierigste Station der Reise Pimens war Jerusalem; den Presseberichten nach war sie auch die spektakulärste. Der antiochenische Patriarch riet dringend von diesem Besuch ab, jüdische Fanatiker aller möglichen Schattierungen, vor allem die *Jewish Defense League*, protestierten seit langem gegen diesen Besuch. Die „Russisch-Orthodoxe Kirche im Ausland“ unter der Leitung von Metropolit *Filaret* in New York kündigte eine „Trauerperiode“ während Pimens Besuch an und verriegelte die Tore ihrer Kirchen und Klöster in Ostjerusalem und Cisjordanien. Wenn Pimen trotzdem vom Besuch in Jerusalem nicht abstand, so sicher nicht allein deshalb, weil er Patriarch Benedikt von Jerusalem einen Höflichkeitsbesuch abstatten und als Pilger die heiligen Stätten besuchen wollte. Der Verlauf seines Besuches zeigt, daß auch die Politik eine nicht geringe Rolle spielte, sowohl für die sowjetische als auch für die israelische Seite.

Pimens Besuch und seine Gespräche mit Regierungsmitgliedern der Israelis wurden so zu einem weiteren und sicher nicht unbedeutenden Glied in der Kette von nichtoffiziellen Kontakten zwischen der Sowjetunion und Israel. Diese Entwicklung begann vor einem Jahr mit Ministerpräsidentin *Golda Meirs* angeblicher Fühlungnahme mit sowjetischen Delegierten auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Helsinki. Sie wurde fortgesetzt durch den „privaten“ Besuch

des sowjetischen Journalisten *Viktor Louis* in Israel, schließlich durch Besuche einiger israelischer Delegationen (Mitglieder des „Weltfriedensrates“, Wissenschaftler) in der Sowjetunion.

Vorgesehen war eigentlich nur eine kurze Begegnung mit dem israelischen Religionsminister *Zerah Warhaftig*. Es war Patriarch Pimen, der dann vier Minister zu einem Essen im Intercontinental-Hotel auf dem Ölberg einlud. Verteidigungsminister *Dayan* und der Innenminister sagten zwar ab, dagegen leisteten Justizminister *Shapiro* und Religionsminister Warhaftig der Einladung Folge, ebenso der Oberbürgermeister *T. Kollek*, letzterer erst, nachdem Pimen bei ihm im Rathaus vorgesprochen hatte.

Dem Patriarchen ging es vor allem um die *Rückgabe des in Ostjerusalem und Cisjordanien gelegenen Besitzes der russischen Kirche an das Moskauer Patriarchat*. Seit der Zarenzeit nämlich besitzt die russische Kirche im Hl. Land viele Liegenschaften. Bei der Teilung Palästinas im Jahre 1948 fielen die russische Kathedrale und das Gebäude der „Russischen Geistlichen Mission“ auf israelisches Gebiet und wurden dem Moskauer Patriarchat übergeben; denn damals unterhielt Israel zur Sowjetunion gute Beziehungen. Jordanien dagegen überließ die russischen Klöster und Ländereien auf seinem Gebiet der russischen Exilkirche, die das Moskauer Patriarchat nicht anerkennt. Nach der Annexion Cisjordanien und Ostjerusalems müßte Israel beiden Jurisdiktionen gerecht werden. Vor zwei Jahren hatte der Leiter der Auslandskirche, Metropolit *Filaret*, bei seinem Besuch im Hl. Land von Israel die Herausgabe des Moskauer Kirchenbesitzes zu erwirken versucht, allerdings ohne Erfolg. Nun versuchte es Pimen umgekehrt, wie es scheint, zunächst ebenfalls vergeblich.

Als im Laufe eines Mittagessens einer der Gäste einem hohen Funktionär der Israelis erklärte, es sei doch wünschenswert, die Kirchengüter der Auslandskirche in Ostjerusalem an den „wahren Eigentümer“, d. h. Moskau, zurückzugeben, fragte ein Vertreter Israels nach einem Bericht von „Le Monde“ (26. 5. 72) maliziös, ob das bedeutete, „daß Sie die Oberhoheit Israels über das vereinigte Jerusalem anerkennen, während ihre Regierung mit uns seit dem Krieg von 1967

die Beziehungen abgebrochen hat“? Doch der Vertreter des Patriarchats meinte, Politik sei eine Sache — die religiösen Angelegenheiten eine andere. Und als Pimen bei einem Trinkspruch anlässlich des Essens, das der israelische Religionsminister gab, von der „Legitimität der Rechte der offiziellen Kirche auf die Kirchengüter der Emigranten“ sprach, konterte der Minister, daß in der Sowjetunion den Juden zum weitaus größten Teil das Recht verweigert werde, sich in Israel niederzulassen. Beim Abschied erinnerte er daran, daß, während die Orthodoxe Kirche in der Sowjetunion Priesterseminare besitze, die Juden dort keine Möglichkeit hätten, Rabbiner heranzubilden. Leider, so meinte der Religionsminister, könne er niemandem in der Sowjetunion Grüße übermitteln lassen, da die Lücke, die durch den Tod des Moskauer *Oberrabbiners Levin* entstanden sei, noch immer unausgefüllt bleibe.

Waren dies alles in subtiler Weise vorgebrachte gegenseitige „Handelsvorschläge“? so möchte man mit einem Journalisten fragen! Israel glaubt jedenfalls, einen nicht unwichtigen diplomatischen Erfolg errungen zu haben, da das Moskauer Patriarchat sich an Israel gewandt hat, um in den Besitz von Gütern zu gelangen, die sich auf einem Territorium befinden, dessen Annexion bisher von keinem Land der Welt anerkannt wurde. Natürlich betonte der Patriarch, daß es sich um eine unpolitische Forderung handle.

Vor seinem Abflug am 25. Mai auf dem Flugplatz Lod, wo er vom Patriarchen Benedikt und mehreren kirchlichen Würdenträgern sowie Vertretern des Außenministeriums und Religionsministeriums verabschiedet wurde, drückte Pimen sein Mißfallen über die *Demonstrationen* gegen die UdSSR und zugunsten der Sowjetjuden aus, die in der Nähe seines Hotels stattgefunden hatten. (Er hatte einen Besuch auf dem Tempelberg ausfallen lassen, um nicht die seinetwegen in Hungerstreik Getretenen an der Westmauer passieren zu müssen; vgl. Jerusalem Post, 30. 5. 72.)

### Erfolg gering, aber Einfluß gestärkt

Ein abschließendes Urteil über die von arabisch-israelischen und griechisch-türkischen Konflikten über-

schattete Nahostreise Pimens scheint uns verfrüht. Es ist auch kaum zu erwarten, daß im Journal des Moskauer Patriarchats außer einer eingehenden Chronik mehr berichtet wird als dies, daß die Reise der Vertiefung der Freundschaft zwischen den orthodoxen Schwesterkirchen und dem Frieden in der Welt gedient habe. Sicher hat Pimen versucht, den Einfluß Moskaus auf die Patriarchate des Ostens, besonders im Hinblick auf die zukünftige Panorthodoxe Synode, zu stärken, und da, abgesehen von Patriarch Benedikt, die Patriarchen erst vor kurzer Zeit ihr Amt angetreten haben, könnte ihm Erfolg beschieden sein. So gesehen, mußte ihm vielleicht die Verweigerung des Visums für Konstantinopel gar nicht so ungelegen kommen. Ob es ihm auch gelungen ist, die Patriarchen für die Anerkennung der Orthodoxen Kir-

che in Amerika zu gewinnen, ist fraglich. Vom Ökumenischen Patriarchat jedenfalls ist dies kaum zu erwarten, denn die Bildung einer selbständigen, einheitlichen Orthodoxen Kirche in Amerika würde das Ökumenische Patriarchat nicht nur seiner bitter nötigen Einnahmequellen berauben, sondern auch seine Möglichkeiten, auf die Gesamtorthodoxie Einfluß zu nehmen, stark beschneiden. Die Rückgabe der palästinensischen Kirchengüter an das Moskauer Patriarchat dagegen könnte nur stattfinden, wenn es Pimen gelänge, die sowjetische Regierung für eine Änderung ihres Kurses gegenüber den Juden in der Sowjetunion zu erwirken. Ob Israel den dafür geforderten Preis zahlen würde, ist freilich ebenfalls fraglich angesichts der guten Beziehungen, die die amerikanische Auslandskirche zum State Departement unterhält.

## Stammesfehden in Burundi führten zum Massenmord

Was sich seit dem 29. April in dem kleinen ostafrikanischen Staat Burundi getan hat und sich auch heute noch abspielt, wird man vermutlich nie in Einzelheiten und mit absoluter Sicherheit erfahren. Wahrscheinlich muß man davon ausgehen, daß ca. 100 000 Menschen auf brutale Weise ermordet worden sind. Selbst die lange Vorgeschichte dieses ungezügelter Ausbruchs der Gewalt kann nur teilweise zur Klärung des Geschehens beitragen. Die vorliegenden Schilderungen über die Tötung von Frauen und Kindern, von der Ausrottung fast der gesamten Intelligenz des den größten Bevölkerungsteil stellenden Stammes der Bahutus (Hutus), der fortgesetzten Verschleppung von Schülern, Studenten und Beamten, der Brandschatzung und des Verscharrrens der Leichen in Massengräbern oder am Strand des Tanganjika-Sees, drängen die Frage nach den Gründen, nach den Verantwortlichen und nach getroffenen Maßnahmen zur Beendigung des Massakers auf.

### Die Herrschaft der Watussi

Angelpunkt für die Beurteilung der Vorgänge ist der seit mehr als fünfhundert Jahren zu verzeichnende Zustand, daß im Gebiet des heutigen Burundi die aus dem Norden stam-

menden Watussi (Tutsi) die Vorherrschaft über die zu den Bantu zählenden Bahutus ausüben. Obwohl die baumlangen „Herren der Nilquellen“ der äthiopiden Rasse heute nur ca. 15 % der Bevölkerung des Landes stellen, betrachten sie sich weiterhin als das „Herrenvolk“ und halten alle wichtigen Positionen inne. Diese Angehörigen der hamitischen Völkergemeinschaft gründeten eine absolute Monarchie, in der der König (Mwami) nicht nur Herr über Grund und Boden, Mensch und Vieh war, sondern auch die Funktionen eines obersten Richters und Priesters ausübte. Das Königtum und damit die Vorherrschaft der Watussi blieb auch in der Zeit deutscher Kolonialherrschaft von 1892 bis 1918 und während der anschließenden belgischen Mandatsverwaltung erhalten. In einem an „Le Monde“ gerichteten Schreiben der Botschaft Burundis in Paris, in dem die angeblich völlig falsche Berichterstattung der europäischen Presse über die Vorgänge im Lande kritisiert wird, findet sich auch der Hinweis, daß die Kolonialmächte und ganz besonders der Klerus, die schließlich das gesamte Ausbildungswesen in der Hand gehabt hätten, systematisch Bahutus den Weg zu höherer Bildung versperrten (Le Monde, 3. 6. 1972). Im nördlichen Nachbarstaat Ruanda be-

freiten sich die Bahutus bereits 1959 von der Minderheitenherrschaft. Bei der Unabhängigkeit im Jahre 1962 hatten deshalb in Ruanda die Bahutus und in Burundi weiterhin die Watussi das Zepter in der Hand.

### Undurchsichtige Manipulationen Micomberos

Auch ein späterer Aufstand in Ruanda wurde von den Bahutus niedergeschlagen. Auch damals fanden Zehntausende den Tod, ca. 100 000 Watussi flohen nach Burundi, in den Kongo oder nach Tansania. Seither fürchteten die Watussi mehr als zuvor, daß sie auch in Burundi von der Mehrheit der Bahutus (ca. 85 %) verjagt werden könnten.

Den jungen Staat Burundi begleitet seit 1962 eine Kette von Putschen, Morden und Machtkämpfen. Einer der kleinsten, schönsten und dichtbesiedeltesten Staaten Afrikas scheint sich auch zu dem blutigsten zu entwickeln. Bis 1966 regierte ein König, der zum Watussi-Stamm gehörte. Sein eigener Sohn setzte ihn ab und regierte ca. drei Monate als damals Neunzehnjähriger. Sein Ministerpräsident, der heute 32jährige Staatspräsident *M. Micombero*, nutzte die Unerfahrenheit des jungen Regenten, um ihn sehr bald zu stürzen und sich selbst die oberste Regierungsgewalt (ohne Verfassung und Parlament) anzueignen. Der Exkönig *Ntare V.* ging nach Deutschland und Belgien ins Exil. Aus bisher nicht eindeutig geklärten Gründen setzte sich der Außenminister Burundis, *M. A. Shimbaniye*, bei Verhandlungen mit Präsident *I. Amin* von Uganda, der Verbindungen zum Exkönig hatte, zu Beginn dieses Jahres für dessen Rückkehr ein. In einem Brief von Präsident Micombero wurde schriftlich versichert, daß dem König nichts geschehe und daß er als gewöhnlicher Bürger ohne politische Ambitionen zurückkehren könne. Vermutlich wollte die Regierung somit der Gefahr entgehen, daß der Exkönig sich mit Söldnern und anderen afrikanischen Regierungen in Verbindung setzte, um mit ihrer Hilfe die Regierung zu stürzen. Aufgrund des Versprechens der Regierung kehrte der König am 30. März in sein Heimatland zurück, doch wurde er vom Flugplatz aus sofort in seinen ehemaligen Palast in Kitega gebracht und unter Hausarrest gestellt. Offiziell wird die Rückkehr des Königs als sein Versuch hinge-